

PRESSESTIMMEN

SICHERHEIT AUF FLUGHÄFEN

Süddeutsche Zeitung

„Kosten“ Viele Flughäfen „schützen“ ihre Sicherheitsbereiche bloß mit Maschendrahtzäunen. Am Drehkreuz Frankfurt gibt es immerhin um Teile des Geländes zwei Reihen Zäune, die bei Durchbruchversuchen Alarm auslösen. So etwas kostet Millionen, klar, aber man sieht jetzt wieder: Das wäre sehr gut investiertes Geld. Man mag sich nicht vorstellen, was passieren kann, wenn auf so einfachem Wege auch Menschen, die wesentlich Schlimmeres vorhaben, direkt an Flugzeuge gelangen.

■ Süddeutsche Zeitung, München

Märkische Oderzeitung

„Angreifbar“ Das Eindringen der Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ im Sommer sowie der Hamburger Vater, der mit seinem Auto ein Tor zum Airport durchbrach, zeigen, wie angreifbar die Infrastruktur tatsächlich ist – und wie leicht es Angreifer haben.

■ Märkische Oderzeitung, Frankfurt

KALENDERBLATT



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

7. November

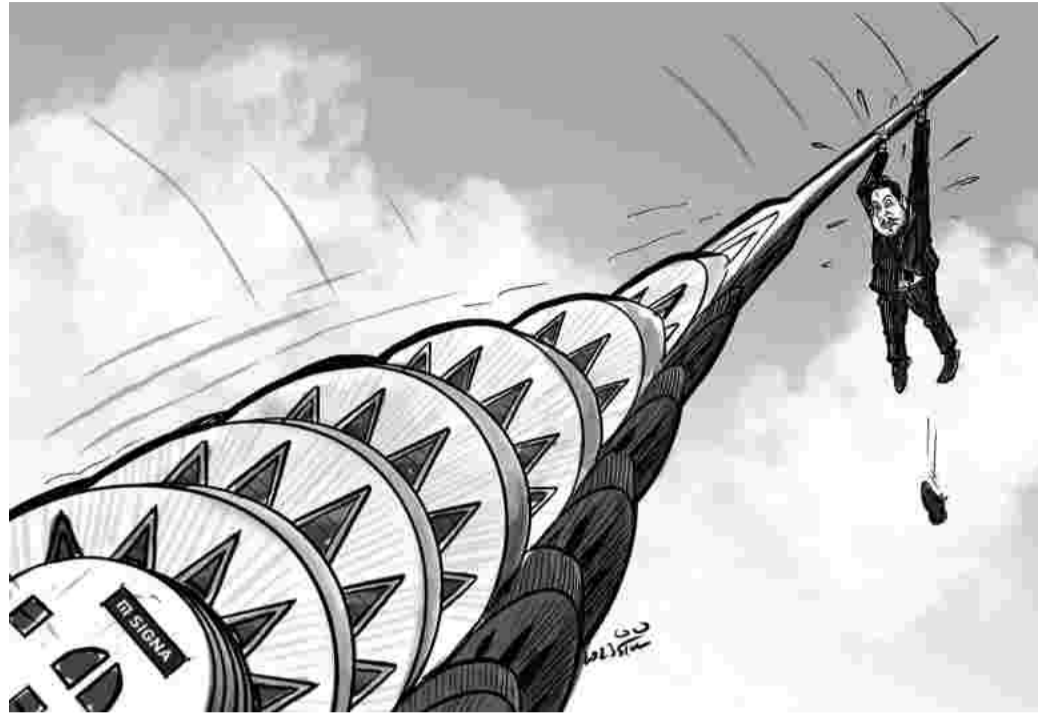
■ 1993: Das von der Dritten Nationalratspräsidentin und früheren Präsidentschaftskandidatin **Heide Schmidt** (Bild) und vier weiteren aus der FPÖ ausgetretenen Abgeordneten gegründete „Liberale Forum“ wird formal eine Partei.

■ 1993: Alain Prost (Frankreich) schließt in Adelaide in Australien seine Karriere als viermaliger Formel-1-Weltmeister ab.

■ **Geburtstag:** Konrad Lorenz, österreich. Verhaltensforscher (1903–1989), Nobelpreis 1973; Albert Camus, frz. Schriftsteller (1913–1960), Nobelpreis 1957

nachrichten.at

Kommentare, Meinungen und Kolumnen finden Sie auf nachrichten.at/meinung



Benkos umfallende Prachtbauten

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

CHRISTIAN KNILL

Eher die feine Klinge

VON DIETMAR MASCHER

Sein Gegenüber auf der Arbeitnehmerseite Reinhold Binder richtete ihm kürzlich aus, was er mit den vorgeschlagenen Einmalzahlungen machen könne. Es war ein Ratschlag aus der Abteilung für Fäkales. Von Christian Knill würde man solche Worte eher nicht hören. Der Chefverhandler der Metaller bei den Kollektivvertragsverhandlungen gilt als sachorientiert und eher als Mann der feinen Klinge.

Das wurde dem steirischen Unternehmer aus Weiz quasi in die Wiege gelegt. Denn das Industrieunternehmen mit 2300 Beschäftigten und 336 Millionen Euro Umsatz blickt auf eine Firmentraktion von mehr als 300 Jahren zurück. Und in den Anfängen wurden Säbel, Klingen und Sichel erzeugt, als Lieferant der kaiserlichen Armee hatte das Unternehmen fast eine Monopolstellung.

Der 53-jährige Christian Knill führt das Familienunternehmen seit Beginn dieses Jahrtausends mit seinem Bruder Georg in zwölfter Generation. Damals zog sich Vater Gunther zurück und überließ den Söhnen die Geschäftsleitung. Heute ist Knill in den Bereichen Energie, Kommunikation und Mobilität tätig und stellt beispielsweise im Sondermaschinenbau Produktionssysteme für die Glasfaser- und Batterieindustrie her.

Wie selbstverständlich engagieren sich die Gebrüder Knill auch in der Interessenvertretung. Sein Bruder Georg war zunächst der Präsident der Industriellenvereinigung Steiermark und setzte sich auf Bundesebene bei der Präsidentenwahl gegen den ehemaligen voestalpine-Chef Wolfgang Eder durch.



Christian Knill verhandelt für die Arbeitgeber der Metalltechnischen Industrie.

Foto: APA/Jäger

Christian Knill ist zurückhaltender, laute Worte hört man von ihm auch vor schwierigen KV-Verhandlungen nicht. Dabei sind die Verhandlungen heuer wegen der hohen Inflation und der Forderung einer Lohnerhöhung von 11,6 Prozent schwierig wie nie zuvor.

Was Ausdauer und hartes Arbeiten betrifft, ist der verheiratete Vater von vier Kindern einiges gewohnt. Er war Tennislehrer (mit guten Erfolgen als Turnierspieler in der Jugend) und Gepäckträger am Flughafen. Seine Freizeit verbringt er am liebsten in den Bergen.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON THOMAS SPANG



Wenig Freude mit Biden und Trump

Eine Neuauflage des Rennens zwischen Joe Biden und Donald Trump löst unter den Amerikanern so viel Vorfreude aus wie eine Wurzelbehandlung beim Zahnarzt. Doch ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen in den USA zeichnet sich genau das ab, weil Demokraten und Republikaner die Warnungen der Demoskopie in den Wind schlagen. Große Mehrheiten halten die Kandidaten für zu alt für den anstrengenden Job im Weißen Haus. Und wünschen sich eine Alternative.

Angesichts der Eigengesetze der Vorwahlen in den Parteien setzt dies voraus, dass der Präsident und der Ex-Präsident von sich aus auf eine Nominierung verzichten. Aus unterschiedlichen



Biden riskiert den erfolgreichen Ausgang seiner Mission

Gründen dürfte das nicht geschehen. Biden sieht sich auf der Mission, die Demokratie in Amerika und der Welt zu verteidigen. Weil er Trump schon einmal geschlagen

habe, so die Logik des Amtsinhabers, sei er die beste Garantie gegen den Möchtegern-Autokraten. Trump wiederum versucht sich durch seine Kandidatur vor den 91 Anklagepunkten in vier Strafprozessen zu immunisieren. Er setzt darauf, dass er bei einer Wahl als Präsident keinesfalls hinter Gitter landet – egal, wie die Geschworenen entscheiden.

Wie dieser Wettbewerb der Unbeliebten im November 2024 ausgehen wird, kann nicht vorhergesagt werden. Ein Jahr in der US-Politik bleibt eine halbe Ewigkeit. Wer hätte beim Amtsantritt Bidens während der Pandemie gedacht, dass seine Präsidentschaft nicht durch Covid, sondern Inflation, Ukraine und Gaza geprägt wird? Umfragen, die Trump bei einem erneuten Aufeinandertreffen mit Biden vorn sehen, sind Momentaufnahmen. Eine Verteilung Trumps könnte die Dynamik so dramatisch verändern wie eine Eskalation des Nahostkonflikts oder eine Rezession. Dennoch wäre es gut, wenn eine Vertrauensperson privat Biden nahelegen könnte, seine historischen Verdienste zu sichern und würdevoll Platz für eine neue Generation zu machen. Dort stünden starke Kandidaten wie Gretchen Whitmer aus Michigan oder Gary Newsom aus Kalifornien bereit. Beide würden Trump ohne Probleme schlagen – und das nicht einmal knapp. Biden riskiert den erfolgreichen Ausgang seiner Mission als Retter der Demokratie, indem er die Präsidentschaftswahlen in einem Jahr unnötig zu einer Zitterpartie macht.

✉ aussenpolitik@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Zinsschock: Von Benko bis Trump

Müsste man den einen wichtigsten Preis auf der Welt auswählen, dann fällt die Wahl wohl auf den Zins. Der Zins ist der Preis des Geldes, und Geld regiert bekanntlich die Welt. Die immer höhere Staatsverschuldung gepaart mit steigenden Zinsen macht aber genau dieses Regieren teurer.

Noch ist dieser Zinseffekt kaum spürbar, denn es braucht Zeit, bis sich die höheren Zinsen merklich in Form höherer Zinskosten auswirken. Je mehr ältere Schulden mit noch niedrigeren Zinskosten durch höhere ersetzt werden müssen, desto stärker erhöht sich die

Zinsaufwendung. Dieser Prozess ist im vollen Gange und trifft vor allem diejenigen, welche in den letzten Jahren finanziell sorglos Schulden angehäuft haben, da diese ja scheinbar „nichts kosteten“. Das sind viele – Österreich gehört sicherlich auch dazu. Das erst kürzlich präsentierte Budget der Republik weist 20 Prozent höhere Ausgaben als Einnahmen aus. Das Loch werden neue Schulden stopfen. Besorgniserregend.

Die Turbulenzen im privatwirtschaftlichen Immobilien-Imperium von René Benko sind die aktuellsten Anzeichen der Wirkung hoher Zinsen, weitere werden folgen.

Besonders stark sollte der Zinsschock aber die Politik beschäftigen. Die Erkenntnis, dass die Zeiten des „Koste-es-was-es-wolle“ sowie so nie gerechtfertigt waren, nun aber definitiv vorbei sein sollten, wird früher oder später hoffentlich alle erreichen.

Dies wiederum hat weit über Österreich hinausgehende geopolitische Implikationen. So werden zum Beispiel die Militärausgaben der Weltmacht USA bei Dollar-Zins um rund fünf Prozent nicht mehr so einfach zu stemmen sein. Vor allem nicht bei einem Verschuldungsgrad der USA, der demjenigen Italiens immer mehr ähnelt.

Die chaotischen Ereignisse vor ein paar Wochen rund um den Haushaltsentwurf im US-Kongress sind Beweis dafür. Selbst der aktuelle Konflikt im Nahen Osten könnte dadurch beeinflusst werden.

Wegweisende Wahlen

Aber auch die europäischen Mittel zur Stützung der Ukraine werden nicht mehr so einfach von der Hand gehen. Besonders interessant wird sein, welchen Typ von Politiker diese neue Zinsphase hervorbringen wird.

Wegweisend werden die Wahlen in den USA im kommenden Jahr sein. Wie wird sich etwa Präsident-

schaftsfavorit Donald Trump in dieser Frage positionieren? Sollen die USA auf einen Sparkurs gebracht werden? Die aktuelle Zinslage verlangt eigentlich nach einer Finanzpolitik, welche dem Schuldenmachen klare und vernünftige Grenzen setzt.

Die Frage wird sein, ob die Wähler auch bereit sind, mitzuziehen und Politikern ihre Stimmen zu geben, die von Sparen und Budgetgrenzen sprechen. Falls nicht, sind wir alle irgendwie wohl auch nur kleine Benkos.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an JKU